

**Schriften zum Bürgerlichen Recht**

---

**Band 496**

**Die Einschränkung der „Erbenfreiheit“  
durch die formellen Ausschlagungsregeln  
bei Erbschaft und Vermächtnis**

**Von**

**Tim Möller**



**Duncker & Humblot · Berlin**

TIM MÖLLER

Die Einschränkung der „Erbenfreiheit“ durch die formellen  
Ausschlagungsregeln bei Erbschaft und Vermächtnis

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 496

# Die Einschränkung der „Erbenfreiheit“ durch die formellen Ausschlagungsregeln bei Erbschaft und Vermächtnis

Von

Tim Möller



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin  
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7387  
ISBN 978-3-428-15729-7 (Print)  
ISBN 978-3-428-55729-5 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85729-6 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## **Vorwort**

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg hat die vorliegende Arbeit im Sommersemester 2018 als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Tilman Repgen für die Betreuung meines Dissertationsvorhabens und die ebenso wertvollen wie hilfreichen Anmerkungen, die maßgeblich zum Gelingen meiner Arbeit beigetragen haben. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau Prof. Dr. Maximiliane Kriechbaum für die Anfertigung des Zweitgutachtens und die Übernahme des Vorsitzes der Prüfungskommission sowie bei Herrn Prof. Dr. Klaus Bartels für sein Mitwirken in der Prüfungskommission.

Von Herzen danke ich meinen Eltern, Heike und Armin Möller, sowie meinem Bruder Johannes Möller und seiner Ehefrau Sarah Möller, deren Unterstützung und Verständnis die Entstehung dieser Arbeit erst ermöglicht haben.

Hamburg, im Dezember 2018

*Tim Möller*



# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b>	15
I. Untersuchungsgegenstand	15
1. Problemaufriss	15
2. Die konfligierenden Interessen	17
II. Forschungsstand	18
1. Erbschaftsausschlagung	18
2. Vermächtnisausschlagung	20
III. Methode und Quellen	21
IV. Gliederung	23
<b>B. Die freiheitliche Anlage der Erbschaftsausschlagung</b>	25
I. Die Rechtsordnung als Korrelat zur „Erbenfreiheit“	25
II. Der Schutz der Erwerbs- und Machtfreiheit des Erben	27
1. Grammatische Auslegung	27
2. Historisch-genetische Auslegung	28
a) Der erste Entwurf	28
aa) Vorbeschluss und Teilentwurf	28
(1) Das Ausschlagungsrecht als personales Freiheitsrecht	29
(a) Die Funktion zwingenden Rechts bei <i>Schmitt</i>	29
(b) Der Schutz vor dem Vonselbsterwerb	30
(c) Der Schutz des Erben vor der Testierfreiheit des Erblasers	31
(2) Die Entscheidung über den Erwerbsmodus als Konstruktionsfrage	33
bb) Die erste Kommission	35
b) Die Kritik am ersten Entwurf	36
aa) Anerkennung einer Freiheitsfunktion der Erbschaftsausschlagung	36
bb) Restriktive Stimmen aus der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis	37
c) Das weitere Gesetzgebungsverfahren	40
aa) Die zweite Kommission	40
bb) Der Standpunkt der Denkschrift	41
cc) Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	41
d) Zusammenfassung und Schlussfolgerung	42
3. Systematische Auslegung	43



4. Objektiv-teleologische Auslegung .....	46
a) Das Menschenbild des BGB .....	47
b) Der Schutz vor dem Vonselbsterwerb .....	51
c) Der Schutz vor der Testierfreiheit .....	52
5. Schlussfolgerungen .....	55
6. „Ergebniskorrektur“ aufgrund der verfassungsrechtlichen Wertungen? ..	55
a) Methodische Vorbemerkung .....	55
b) Der Schutz der negativen Erwerbsfreiheit durch Art. 2 Abs. 1 GG ...	56
aa) Der Schutz der Unterlassensfreiheit .....	58
bb) Schlussfolgerungen .....	62
c) Der Schutz der negativen Erwerbsfreiheit durch Art. 14 Abs. 1 S. 1 Var. 2 GG .....	62
aa) Grammatische Auslegung .....	63
bb) Historisch-genetische Auslegung .....	64
cc) Systematische Auslegung .....	65
dd) Objektiv-teleologische Auslegung .....	68
(1) Der interpersonale Selbstbestimmungsgehalt der Erbrechts- garantie .....	68
(2) Die Bedeutung der Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	71
ee) Zwischenergebnis .....	72
d) Die Bedeutung des Ausschlagungsrechts .....	72
e) Schlussfolgerungen .....	73
III. Zusammenfassung .....	74
IV. Ergebnis .....	78
<b>C. Die Freiheitseinschränkung durch die formellen Ausschlagungsregeln .....</b>	<b>79</b>
I. Der Sinn und Zweck des § 1945 BGB .....	79
1. Grammatische Auslegung .....	79
2. Historisch-genetische Auslegung .....	79
a) Der erste Entwurf .....	79
aa) Teilentwurf .....	79
bb) Die erste Kommission .....	82
b) Die Kritik am ersten Entwurf .....	84
c) Das weitere Gesetzgebungsverfahren .....	85
aa) Die zweite Kommission .....	85
bb) Der Standpunkt der Denkschrift .....	85
cc) Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens .....	86
d) Die Änderungen seit dem Inkrafttreten des BGB .....	86
e) Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	87
3. Systematische Auslegung .....	88
4. Objektiv-teleologische Auslegung .....	89

5. Schlussfolgerungen .....	92
II. Der Sinn und Zweck des § 1944 BGB .....	93
1. Grammatische Auslegung .....	93
2. Historisch-genetische Auslegung .....	94
a) Der erste Entwurf .....	94
aa) Vorlage Nr. 5 .....	94
bb) Vorbeschluss und Teilentwurf .....	95
(1) Die gesetzliche Frist .....	95
(2) Der Fristbeginn .....	96
(3) Die Fristlänge .....	97
(4) Der Fristablauf .....	98
(5) Schlussfolgerungen .....	99
cc) Die erste Kommission .....	99
(1) Der Fristbeginn .....	99
(2) Die Fristlänge .....	100
(3) Schlussfolgerungen .....	102
b) Die Kritik am ersten Entwurf .....	102
aa) Bestrebungen zur Stärkung der Ausschlagungsfreiheit .....	102
bb) Bestrebungen zur Restriktion der Ausschlagungsfrist .....	104
c) Das weitere Gesetzgebungsverfahren .....	105
aa) Die zweite Kommission .....	105
(1) Die Anträge <i>Jacubezkys</i> und <i>v. Cunys</i> .....	105
(2) Die Ansicht der Kommissionsmehrheit .....	106
bb) Die Beratungen im Justizausschuss des Bundesrats .....	108
cc) Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens .....	109
d) Die Änderungen seit dem Inkrafttreten des BGB .....	110
e) Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	110
3. Systematische Auslegung .....	111
4. Objektiv-teleologische Auslegung .....	113
5. Zwischenergebnis .....	114
III. Der Eingriffscharakter der formellen Ausschlagungsregeln .....	114
IV. „Ergebniskorrektur“ aufgrund der verfassungsrechtlichen Wertungen? ....	116
1. Legitimes Ziel .....	116
2. Geeignetheit .....	117
a) Form .....	117
b) Frist .....	118
3. Erforderlichkeit .....	119
a) Form .....	119
aa) Formlose Erklärung .....	119
bb) Schriftform .....	120

b) Frist .....	121
aa) Modifikation des Fristbeginns .....	121
bb) Pauschale Fristverlängerung .....	123
cc) Richterliche Fristbestimmung .....	124
dd) Modifikation des Fristablaufs .....	125
4. Angemessenheit .....	126
a) Form .....	126
aa) Eingriffsmittel .....	126
bb) Schutzzweck .....	129
cc) Abwägung .....	132
b) Frist .....	133
aa) Die Prämisse der Angemessenheitsprüfung .....	133
(1) Das Gutachten Röhthels zum 68. Deutschen Juristentag (2010) .....	133
(2) Plausibilitätskontrolle .....	134
bb) Angemessenheitsprüfung .....	138
(1) Eingriffsmittel .....	138
(2) Schutzzweck .....	141
(3) Abwägung .....	142
5. Schlussfolgerungen .....	144
V. Zusammenfassung .....	145
VI. Ergebnis .....	149
<b>D. Die freiheitliche Anlage der Vermächtnisausschlagung .....</b>	<b>150</b>
I. Der Schutz der Erwerbs- und Machtfreiheit des Damnationslegatars .....	150
1. Einführung .....	150
a) Die Ansicht v. <i>Venrooy</i> .....	150
b) Auswirkungen auf die folgende Untersuchung .....	153
2. Grammatische Auslegung .....	154
3. Historisch-genetische Auslegung .....	155
a) Einführung .....	155
b) Der erste Entwurf .....	157
aa) Teilentwurf .....	157
(1) Das Ausschlagungsrecht als personales Freiheitsrecht .....	157
(2) Die Entscheidung über den Erwerbsmodus als Konstruktions- frage .....	159
bb) Die erste Kommission .....	161
c) Die Kritik am ersten Entwurf .....	162
aa) Die konstruktive Natur des Ausschlagungssystems .....	162
bb) Die Bedeutung der Vermächtnisannahme .....	163
d) Das weitere Gesetzgebungsverfahren .....	164
aa) Die zweite Kommission .....	164

(1) Das vermächtnisrechtliche Ausschlagungssystem .....	164
(2) Die Beratung über die Vermächtnisannahme .....	164
(a) Der Antrag <i>Rudolph Sohms</i> .....	164
(b) Die Ansicht der Kommissionsmehrheit .....	165
bb) Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens .....	166
e) Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	167
4. Systematische Auslegung .....	169
5. Objektiv-teleologische Auslegung .....	172
6. Schlussfolgerungen .....	173
7. „Ergebniskorrektur“ aufgrund der verfassungsrechtlichen Wertungen? ..	174
a) Der Schutz der „Vermächtniserwerbsfreiheit“ durch die Verfassung .	175
aa) Grammatische Auslegung .....	176
bb) Historisch-genetische Auslegung .....	178
cc) Systematische Auslegung .....	178
dd) Objektiv-teleologische Auslegung .....	180
(1) Der interpersonale Selbstbestimmungsgehalt der Erbrechts-	
garantie .....	180
(a) Die Konzeption <i>Werneburgs</i> .....	180
(b) Die Widersprüche der Konzeption <i>Werneburgs</i> .....	181
(c) Die Bedeutung der Testierfreiheit .....	181
(2) Die Bedeutung der Inhalts- und Schrankenbestimmung ....	183
ee) Zwischenergebnis .....	183
b) Die Bedeutung des Ausschlagungsrechts .....	184
c) Schlussfolgerungen .....	185
II. Zusammenfassung .....	185
III. Ergebnis .....	188
<b>E. Die Freiheitseinschränkung durch die form- und fristlose Vermächtnisaus-</b>	
<b>schlagung .....</b>	<b>189</b>
I. Der fehlende Formzwang .....	189
1. Grammatische Auslegung .....	189
2. Historisch-genetische Auslegung .....	190
a) Der erste Entwurf .....	190
aa) Teilentwurf .....	190
(1) Teilentwurf 1879 .....	190
(2) Revidierter Teilentwurf 1886 .....	192
bb) Die erste Kommission .....	193
b) Das weitere Gesetzgebungsverfahren .....	193
c) Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	194
3. Systematische Auslegung .....	194
4. Objektiv-teleologische Auslegung .....	195

5. Zwischenergebnis .....	196
II. Der fehlende Fristzwang .....	197
1. Grammatische Auslegung .....	197
2. Historisch-genetische Auslegung .....	197
a) Der erste Entwurf .....	198
aa) Teilentwurf .....	198
bb) Die erste Kommission .....	200
(1) Die Beratung über § 124 TE .....	200
(2) Die Beratung über § 254 TE .....	200
(a) Die Protokolle der ersten Kommission .....	200
(b) Die Motive zum ersten Entwurf .....	203
b) Das weitere Gesetzgebungsverfahren .....	205
c) Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	205
3. Systematische Auslegung .....	206
4. Objektiv-teleologische Auslegung .....	208
5. Schlussfolgerungen .....	208
6. Zwischenergebnis .....	208
III. Der Eingriffscharakter der form- und fristlosen Vermächtnisausschlagung ..	209
IV. „Ergebniskorrektur“ aufgrund der verfassungsrechtlichen Wertungen? .....	210
1. Perspektivische Gegensätze .....	210
2. Das schutzfähige Rechtsgut .....	211
a) Art. 14 Abs. 1 S. 1 Var. 2 GG .....	211
aa) Grammatische Auslegung .....	211
bb) Historisch-genetische Auslegung .....	211
cc) Systematische Auslegung .....	212
dd) Objektiv-teleologische Auslegung .....	212
(1) Der transitorische Sinn und Zweck der Erbrechtsgarantie ...	212
(2) Der interpersonale Selbstbestimmungsgehalt der Erbrechts-	
garantie .....	213
ee) Zwischenergebnis .....	214
b) Art. 14 Abs. 1 S. 1 Var. 1 GG .....	214
c) Art. 2 Abs. 1 GG .....	217
d) Der Schutzpflichtcharakter des Art. 2 Abs. 1 GG .....	217
3. Die schutzpflichtenauslösende Gefährdungslage .....	223
4. Vorliegen eines Schutzpflichtverstoßes? .....	223
a) Methodische Vorbemerkung .....	223
b) Vorliegen eines legitimen Schutzkonzeptes .....	226
aa) Form .....	228
bb) Frist .....	228
cc) Schlussfolgerungen .....	228

c) Geeignetheit des Schutzkonzeptes .....	229
aa) Form .....	229
bb) Frist .....	230
(1) Der Gläubigerverzug .....	230
(2) Schlussfolgerungen .....	232
d) Effizienz des Schutzkonzepts .....	232
aa) Form .....	233
(1) Allegation des § 1945 BGB .....	233
(2) Schriftform .....	235
bb) Frist .....	236
(1) Allegation des § 1944 BGB .....	236
(2) Generalisierung des § 2307 Abs. 2 BGB .....	238
e) Angemessenheit des Schutzkonzeptes .....	240
aa) Form .....	240
bb) Frist .....	243
5. Schlussfolgerungen .....	247
V. Zusammenfassung .....	247
VI. Ergebnis .....	253
<b>F. Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>254</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>256</b>
<b>Gesetzesmaterialien .....</b>	<b>276</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>278</b>



## A. Einleitung

### I. Untersuchungsgegenstand

#### 1. Problemaufriss

Der BGB-Gesetzgeber stand vor der Aufgabe, ein einfaches und effektives System des erbschaftlichen Erwerbs zu schaffen, das man trotz unterschiedlicher partikularer Erbrechtsordnungen<sup>1</sup> in ganz Deutschland akzeptieren konnte<sup>2</sup>. Letztlich normierte der BGB-Gesetzgeber mit den §§ 1922 Abs. 1, 1942 ff. BGB ein erbschaftliches Ausschlagungssystem<sup>3</sup>, welches keinen konstitutiven rechtsgeschäftlichen Beitrag des Erben zum Erwerb der Erbschaft erfordert<sup>4</sup>. Zur Abwehr des Erbschaftserwerbs bleibt dem Erben zwar das Recht, den Erbschaftserwerb rückwirkend auszuschlagen, §§ 1942 Abs. 1, 1953 Abs. 1 BGB. Der Erbe muss aufgrund der generalisierenden und typisierenden Ausschlagungsfrist (§ 1944 BGB) aber schnell, und aufgrund des amtsaufgabensbedürftigen Formzwangs (§ 1945 BGB) auch formgerecht und kostenpflichtig<sup>5</sup> tätig werden, wenn er den endgültigen Erbschaftserwerb vermeiden möchte. Die Annahme der Erbschaft kennt vergleichbare formelle Voraussetzungen nicht. Es kommt mit Ablauf der Ausschlagungsfrist nicht nur zur Fiktion<sup>6</sup> der Annahme (§ 1943 a.E. BGB), sondern diese ist sogar im Wege der *pro herede gestio* möglich<sup>7</sup>. Es erscheint deshalb so, als sei das Gesetz bestrebt, die Erbschaftsausschlagung zu vermeiden<sup>8</sup>.

---

<sup>1</sup> Zur rechtshistorischen Entwicklung und Verbreitung des Anfall- und Antrittsprinzips vgl. Brenne, Erbanfall- und Erbantrittsprinzip in der neueren deutschen Privatrechtsgeschichte, Münster 1959, S. 4 ff., insbes. S. 33 ff. (Aufklärungsgesetze), S. 58 ff. (Gesetzgebungen, Gesetze, Entwürfe des 19. Jahrhunderts). Einen kurzen Überblick über die partikularen Erbrechtsordnungen gibt auch Mertens, Die Entstehung der Vorschriften des BGB über die gesetzliche Erbfolge und das Pflichtteilsrecht, Berlin 1970, S. 30 Fn. 41.

<sup>2</sup> Zur Vereinheitlichungsaufgabe des BGB-Gesetzgebers auch Mertens, S. 5.

<sup>3</sup> Tiefergehend zur Gesetzgebungsgeschichte zum Ausschlagungssystem s.u. Abschnitt B. II. 2. (S. 28–43).

<sup>4</sup> Vgl. Muscheler, Universalsukzession und Vonselbsterwerb- die rechtstechnischen Grundlagen des deutschen Erbrechts, Tübingen 2002, S. 2.

<sup>5</sup> Tiefergehend zu den Kosten der Ausschlagungserklärung s.u. Abschnitt C. IV. 4. a) aa) (S. 127).

<sup>6</sup> BeckOK-BGB/Siegmann/Höger, § 1943 Rn. 2.

<sup>7</sup> Vgl. Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Bd. V – Erbrecht, Berlin 1888, S. 497; Kraß, BWNotZ 1992, 31, 32.

<sup>8</sup> Muscheler, Universalsukzession und Vonselbsterwerb, S. 166 spricht von einem „gesetzliche[n] Sog in die Annahme“. In diese Richtung auch Kroppenberg, Privatautonomie von Todes wegen – Verfassungs- und zivilrechtliche Grundlagen der Testierfrei-



In weitgehender Kongruenz mit dem erbschaftlichen Ausschlagungssystem kombiniert das BGB auch den *ipso iure* und – grundsätzlich<sup>9</sup> – *ipso morte* eintretenden Vermächtniserwerb (§§ 2174, 2176 BGB) mit dem Recht des Damnationslegatars zur rückwirkenden Vermächtnisausschlagung (§§ 2176, 2180 Abs. 3 i.V.m. § 1953 Abs. 1 BGB). Der Damnationslegatar muss sich aber keinem gesetzlichen Form- und/oder Fristzwang unterordnen, mithin kann er die Vermächtnisausschlagung formlos, und (theoretisch) noch nach 100 Jahren erklären<sup>10</sup>. *De lege lata* scheint die Vermächtnisausschlagung damit zwar ein weitgehendes Freiheitsrecht zu sein<sup>11</sup>. Der gesetzliche Schutz des beschwerten Erben<sup>12</sup> erscheint jedoch fraglich. Denn der fehlende Formzwang steht nicht nur der dauerhaften Verfügbarkeit und Überprüfbarkeit der Ausschlagungserklärung entgegen<sup>13</sup>. Vielmehr ist der beschwerte Erbe in der Schwebephase auch mit der, ggf. vermögensreduzierenden und haftungsbegründenden<sup>14</sup>, Unterhaltung des Vermächtnisgegenstands belastet. Es ist ihm während der Deliberation des Legatars außerdem unmöglich, die Rechtswirkungen des Erbfalls selbstbestimmt zu beseitigen und fortan nach eigenem Willen zu handeln.

Die formelle Ausgestaltung der einzigen beiden im BGB normierten Ausschlagungsrechte könnte daher der Freiheit des Erben entgegenstehen. Dies führt zu der Untersuchungsfrage, ob die formellen Ausschlagungsregeln bei Erbschaft und Vermächtnis die „Erbenfreiheit“<sup>15</sup> einschränken.

---

heit im Vergleich zur Vertragsfreiheit unter Lebenden, Tübingen 2008, S. 215: „Dazu passt, dass das Gesetz mit der Frist- und Formgebundenheit der Ausschlagung (§§ 1954 ff. BGB) [sic] gegenüber der nicht frist- und formgebundenen Annahme einen ‚gesetzlichen Sog‘ in Richtung auf die Perpetuierung der Vermögenszuordnung entfaltet“.

<sup>9</sup> Ausnahme: Zuwendung des Vermächtnisses unter einer aufschiebenden Bedingung oder unter Bestimmung eines Anfangstermins, vgl. § 2177 BGB. Hierzu auch *Muschler*, *Universalsukzession und Vonselbsterwerb*, S. 148.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu *Muschler*, *Universalsukzession und Vonselbsterwerb*, S. 182. Das von Muschler a. a. O. in Bezug genommene Verjährungsrecht betrifft lediglich die Durchsetzbarkeit des Vermächtnisanpruchs, d.h. die Ausschlagung ist auch nach Eintritt der Verjährung möglich. Zur Schutzwirkung der Verjährung vgl. jedoch Abschnitt E. IV. 4. e) bb) (S. 245 f.).

<sup>11</sup> Tiefergehend zur freiheitlichen Anlage der Vermächtnisausschlagung s.u. Abschnitt D. (S. 150–188).

<sup>12</sup> Klarstellend sei darauf hingewiesen, dass zwar neben dem Erben auch ein Vermächtnisnehmer beschwert sein kann, § 2147 S. 1 BGB. Die vorliegende Arbeit untersucht jedoch ausschließlich die Freiheitsverwirklichung des beschwerten Erben, mithin ist das sog. Untervermächtnis (vgl. Staudinger/*Otte*, § 2147 Rn. 2) kein Untersuchungsgegenstand.

<sup>13</sup> Tiefergehend zu den daraus resultierenden Gefahren für den beschwerten Erben insbesondere Abschnitt E. IV. 4. d) aa) (S. 233–234, 235), e) aa) (S. 241).

<sup>14</sup> Zur Haftung des Beschwerten vgl. Sudhoff/*Scherer*, *Unternehmensnachfolge*, 5. Auflage, München 2005, § 7 Rn. 8; BeckOK-BGB/*Müller-Christmann*, § 2174 Rn. 16.

<sup>15</sup> Die „Erbenfreiheit“ ist kein allgemein anerkannter und/oder klar konturierter rechtswissenschaftlicher *terminus technicus*. Die „Erbenfreiheit“ begegnet zwar vereinzelt in rechtswissenschaftlichen Untersuchungen zur Freiheitsposition des Erben, insbe-

## 2. Die konfligierenden Interessen

Diese Arbeit untersucht die Einschränkung der „Erbenfreiheit“ durch die formelle Bindung der Erbschafts- und Vermächtnisausschlagung aus rechtsdogmatischer Perspektive. Wie bereits der Titel zeigt, bildet die Freiheit des Erben den Mittelpunkt der Untersuchung. Im Rahmen des Erbschaftserwerbs wird der Erbe naturgemäß<sup>16</sup> ein Interesse an der selbstbestimmten Erwerbsentscheidung haben. Die Nachlassbeteiligten und der allgemeine Rechtsverkehr haben jedoch ein konfligierendes Interesse an der Herstellung von Rechtssicherheit sowie Rechtsklarheit über das neue Zuordnungssubjekt der mit dem Erbfall (theoretisch<sup>17</sup>) rechts-trägerlos gewordenen Rechte und Pflichten des Erblassers<sup>18</sup>. Die Untersuchung der Erbschaftserwerbsnormen bezieht sich auf die Frage, inwiefern die form- und fristgebundene Erbschaftsausschlagung diesem Interessenkonflikt begegnet, insbesondere in welcher Art und in welchem Maß das Gesetz die erbschaftserwerbsbezogene Selbstentfaltung des Erben gewährleistet.

Im Rahmen des Vermächtniserwerbs wird auch der Legatar naturgemäß<sup>19</sup> ein Interesse an der eigenverantwortlichen Erwerbsentscheidung haben. Das konfligierende Individualinteresse des beschwerten Erben wird es hingegen sein, die erblasserische Vermächtnisanordnung selbstbestimmt abzuwickeln und damit die sub A. I. 1. (S. 16) dargestellten Härten von sich zu weisen. Die Untersuchung der Vermächtniserwerbsnormen bezieht sich auf die Frage, inwiefern die form- und fristlose Vermächtnisausschlagung auf diesen Interessenkonflikt reagiert. Insbesondere geht es um die Frage, in welcher Art und in welchem Maß das Gesetz einen Schutz der vermächtnisabwicklungsbezogenen Selbstentfaltung des beschwerten Erben gewährleistet.

---

sondere in Untersuchungen zum Verhältnis der Freiheitsposition des Erben zur Gestaltungsmacht des Erblassers, vgl. *Röthel*, AcP 210 (2010), 32, 34; *Wendt*, ErbR 2010, 142, 142; *ders.*, ZErB 2010, 45, 45. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird der Bedeutungsgehalt der „Erbenfreiheit“ jedoch noch zu konturieren sein, vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen im Abschnitt B. I. (S. 25–27).

<sup>16</sup> Zum Bedeutungsgehalt der Erbschaftserwerbsfreiheit für die Selbstverwirklichung des Erben vgl. insbesondere Abschnitt B. II. 4. b) (S. 51–52), c) (S. 52–55), 6. b) bb) (S. 62), c) cc) (S. 67–68), dd) (1) (S. 70–71).

<sup>17</sup> Klarstellend sei darauf hingewiesen, dass aufgrund der Fiktion des § 1953 Abs. 2 BGB und der fehlenden Ausschlagungsbefugnis des Fiskus (§ 1942 Abs. 2 BGB) letztlich immer ein Zuordnungssubjekt der übergehenden Rechte und Pflichten vorhanden ist. Aus rechtstatsächlicher Perspektive fehlt vor dem endgültigen Erbschaftserwerb jedoch ein endgültiger Rechts- und Pflichtenträger.

<sup>18</sup> Tiefergehend zu den betroffenen Individual- und Gemeinschaftsinteressen insbesondere Abschnitt C. IV. 4. a) bb) (S. 129–132), b) bb) (2) (S. 141–142).

<sup>19</sup> Zum Bedeutungsgehalt, den die Vermächtniserwerbsfreiheit auch im System des Damnationslegats für die Selbstverwirklichung des Legatars hat vgl. insbesondere Abschnitt D. I. 5. (S. 172–173), 7. a) dd) (1) (c) (S. 182–183).